

Mündlicher Geschäftsbericht  
Delegiertenversammlung am 10.März 2012  
Michael Ruhkopf

- Es gilt das gesprochene Wort -

Niemand hatte es prophezeit, niemand so beschrieben, selbst nach dem Ereignis konnte niemand vorhersehen, dass der 11. September unser Leben und das fast aller Menschen auf diesem Globus verändern würde. Und doch ist es so.

Mit dem 11. September 1973 und dem an diesem Tag begonnenen Militärputsch in Chile, maßgeblich initiiert und finanziert durch die USA und deren Wirtschaft, wurde erstmalig das ökonomische Konzept eingesetzt, das wir heute als neoliberal bezeichnen, in den USA als neokonservativ. Die drei Kernprinzipien der neoliberalen, bzw. neokonservativen Wirtschaftstheorie sind:

- Privatisierung
- Deregulierung
- Kürzung staatlicher Leistungen

Aber bereits das Ergebnis des Putsches in Chile und des Einsatzes dieser neuen Wirtschaftstheorie und dann in vielen anderen Beispielen (Irak, Russland, Indonesien usw.) hat gezeigt: Die Regeln des freien Marktes schaffen keine perfekte, harmonische Wirtschaft, sondern machen die bereits Wohlhabenden zu Superreichen und die organisierte Arbeitsklasse zu einer Verführungsmasse von Mittellosen. Und diese Wirtschaftsform schreckt auch nicht davor zurück, ja

baut geradezu darauf auf, das ganze Volkswirtschaften, bzw. Staaten in eine Krise geraten, in der der Widerstandswille breiter Schichten der Bevölkerung nicht vorhanden ist. So war es in Chile durch den Militärputsch, in Russland durch den Zusammenbruch der gesamten staatlichen Ordnung und so ist es jetzt in Griechenland. Auch hier wird nicht das angebliche Problem der zu hohen Staatsverschuldung gelöst, hier wird mit Macht versucht, die militante Wirtschaftsordnung des Neoliberalismus einzuführen. Wie anders wäre es erklärbar, dass man bei einer sogenannten Staatsverschuldungskrise unter anderem auch die Mindestlöhne, auch die der privaten Wirtschaft, um 20 Prozent senken will. Das hat mit Staatverschuldung nichts zu tun (bzw. fördert diese noch durch fehlende Steuereinnahmen) aber sehr viel mit Ideologie und mit der hier genannten Wirtschaftsform.

Wenn die Ideologen des Milton Friedman jetzt hier in Griechenland erreicht haben werden, Privatisierung des Staatseigentums (z.B. Hafen von Piräus), Deregulierung (Absenkung des Mindestlohns) und die Kürzung staatlicher Leistungen (Renten) dann werden auch andere europäische Staaten davon nicht verschont werden und letztlich auch die Bundesrepublik Deutschland nicht. Wir erleben dieses ja bereits. Überall, wo die Ideologen sich durchsetzen konnten, passiert auch in Deutschland gleiches. Es gibt Gemeinden, die haben Wasserrechte an private Firmen verkauft, der Staat will die Deutsche Bahn privatisieren (an die Börse bringen) und im gesamten sozialen Bereich erleben unsere Sozialversicherungskassen, dass immer stärker Staat und Unternehmen aus der Mitfinanzierung

herausgehalten werden und immer stärker auf sog. Eigenvorsorge der Einzelnen gesetzt wird.

Nun ist es eine Seite den neoliberalen Wirtschaftsdogmatismus zu kritisieren, eine andere Seite Alternativen aufzuzeigen. Unser Problem an der Stelle ist, dass wir eine überzeugende und nicht schon diskreditierte Alternative nicht haben. So bleibt uns wohl nichts anderes übrig als den Versuch zu wagen, wenigstens das wieder zu bringen, was wir in diesem Land soziale Marktwirtschaft genannt haben. Wenn es uns gelingen würde, das jeder Mensch in diesem Land wenigstens das Gefühl hat, halbwegs gerecht an der Fortentwicklung der Gesellschaft beteiligt zu werden, so hätten wir schon einen großen Erfolg erreicht. Dazu gehören aber mindestens folgende Dinge:

1. Der Staat muss sich aus der Rolle befreien, in erster Linie den Reichtum einiger weniger zu organisieren. Stattdessen muss er sich wieder darauf berufen, den von allen erwirtschafteten Reichtum möglichst gleichmäßig zu verteilen, jedenfalls außerhalb von Tarifverhandlungen.
2. Es ist dringend erforderlich, dass die Prekarisierung der Arbeitswelt, also die immer weitere Verbreitung von unsicheren und niedrig bezahlten Arbeitsplätzen gestoppt wird. Unser Motto, das man von einer Arbeit im Normalarbeitsverhältnis leben können muss, bleibt aktuell und muss wieder erkämpft werden.
3. Der Staat und dieses Land insgesamt muss aufhören zu glauben, dass private Unternehmer alles besser könnten als der Staat. Es gibt und muss weiterhin geben unveräußerliche

Themenbereiche, die in staatlicher Hand, mindestens unter staatlicher Kontrolle bleiben müssen. Dazu gehören z.B. Infrastruktureinrichtungen, wie Eisenbahnnetze und Straßen, Wasser und Wasserversorgung, sowie Stromnetze.

Insgesamt kann hierzu gesagt werden, dass der Staat sich wieder vielmehr als Regulator des Marktes verstehen muss. Dieser Markt kann eben nicht alles regeln. Und dort wo wir ihn alles regeln lassen, werden bestimmte Themenbereiche eben falsch orientiert und manche gar nicht. Der Markt wird im Normalfall keine Umweltpolitik betreiben, auch wenn es noch so dringend notwendig ist. Und ein freier Markt führt zu unfreien Menschen am Arbeitsmarkt, führt zu unerträglichen Auswirkungen, wie unbegrenzte Leiharbeit, Minijobs und Arbeit als Ware wie Kartoffeln oder Orangen. Dies kann ein Gemeinwesen aus zivilisierten Menschen nicht wollen und nicht akzeptieren.

Wir haben unverändert zur Kenntnis zu nehmen, dass Deutschland Krieg führt. Der Einsatz in Afghanistan ist zunehmend als Krieg akzeptiert. Ob dies mit dem Gedanken des Grundgesetzes noch vereinbar ist, sei dahingestellt. Insbesondere wenn wir wissen, dass wir keineswegs „Deutschland am Hindukusch“ verteidigt wird. Hier werden deutsche Handelsinteressen gesichert. Dies hat in einer schwachen (oder doch besser starken?) Sekunde der ehemalige Bundespräsident Köhler dargestellt – für die Brechung dieses Lügentabus – und die Aussprache der Wahrheit hat er dann gehen müssen. Ich fand ja nicht, dass er der

richtige Bundespräsident war, aber hier wusste er sehr genau wovon er spricht.

Es stimmt sicherlich nicht genau, aber um es bildlich zu machen: Die Erhöhung der Hartz 4 Sätze auf einen menschenwürdigen Satz würde im Jahr vermutlich so viel kosten, wie uns eine Woche Krieg in Afghanistan kostet.

Wir haben alles in allem erfolgreiche Jahre in der Tarifpolitik hinter uns. Das bemisst sich weniger an Entgeltprozenten. Obwohl die Steigerung der Tarifentgelte vom Jahr 2000 bis heute um 34 Prozent sich wahrlich auch sehen lassen kann. Aber wir haben daneben eine Reihe von qualitativen Themen voranbewegt und das darf nicht vergessen sein. Wir haben den Tarifvertrag Qualifizierung weitergebracht, wir haben für Krisenzeiten durch verbesserte und einfachere Anwendung der Kurzarbeit gesorgt und wir haben, nach dem Rückzug des Gesetzgebers, bzw. des Staates aus dem Thema, per Tarifvertrag die Altersteilzeit erhalten. Unabhängig davon gibt es aber eine Reihe von Problemen, die nach wie vor latent unsere Tarifpolitik bedrohen, bzw. neu zu überdenken sind. Beispiele:

1. In einigen Branchen erleben wir, dass Tarifpolitik nicht mehr von Solidarität getragen wird, sondern von gruppenegoistischen Erwägungen. Bei aller Sympathie für den kämpferischen Einsatz von Lokführern, Krankenhausärzten oder Fluglotsen. Alle sie wollen eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durchsetzen auf dem Rücken

der anderen Beschäftigten des jeweiligen Unternehmens. Dies ist das Gegenteil von solidarischer Tarifpolitik, sondern eine weitere Spielart von Privilegierten-Politik. Dies ist mit der IG Metall nicht zu machen. Dies darf in unseren Branchen nicht Einzug halten. Hier müssen wir sehr genau hinschauen.

2. Wenn immer mehr Themen, die eigentlich durch den Gesetzgeber zu regeln wären, auf die Tarifpolitik übertragen werden, dann führt dies zwangsläufig irgendwann zur Überforderung von Tarifpolitik. Altersteilzeit, arbeitsplatzerhaltende Maßnahmen, wie z.B. Kurzarbeit oder jetzt aktuell die unbefristete Übernahme von Auszubildenden erschweren unsere Tarifpolitik nur deshalb, weil der Staat, siehe oben, sich in den letzten Jahren zunehmend aus wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgaben zurückgezogen hat. Dies ist ein gesellschaftspolitisches Thema, das wir dringend in alle politischen Parteien einbringen müssen, um denen klarzumachen, dass dies kein Zukunftsmodell ist. Dazu gehören auch Parteien, die immer dann, wenn es unbequem wird, plötzlich die Wichtigkeit der Tarifvertragsparteien erkennen. Die CDU zum Beispiel hat sich jahrzehntelang um das Thema Mindestlohn herumgedrückt. Nun will sie es so lösen, dass es nicht ein gesetzlichen Mindestlohn gibt, sondern diese möglichst von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt werden sollen. Dies ist nicht nur unsinnig, weil, wenn Gewerkschaften ja handlungsfähig wären, diese ja längst vernünftige Tarifverträge ausgehandelt hätten. Es ist auch seltsam, dass eine Partei, die

vor noch nicht all zu langer Zeit die Macht von Gewerkschaften beschneiden wollte, nun plötzlich diese zur Lösung ihrer innerparteilichen Diskussionen und Probleme einschalten will.

3. Wir müssen wieder intensiver mit den Beschäftigten der Betriebe über die Ausrichtung unserer Tarifpolitik sprechen. Denn wenn allen Realitäten zum Trotz z.B, selbst Funktionäre davon ausgehen, dass Tarifpolitik so funktioniert, dass wir eine Forderung stellen und 50% davon dann die Abschlussgröße sind, quasi automatisch, dann haben wir hier in den letzten Jahren ein Versäumnis, das wir schleunigst beseitigen müssen. Ansonsten werden wir in absehbarer Zeit nicht mehr die Durchsetzungsfähigkeit haben, die wir augenblicklich hoffentlich noch haben.
4. Aber auch für uns an der Verwaltungsstelle gilt, dass wir unsere Tarifpolitikfähigkeit weiter entwickeln müssen. Es wird nach meiner Einschätzung in Zukunft nicht mehr ausreichen, uns auf Warnstreiks in der Gestalt vorzubereiten, dass diese beispielsweise Mittags beginnen und einfach alle nach Hause gehen. Wir müssen Tarifpolitik auch als Politik im öffentlichen Raum und damit für den öffentlichen Raum verstehen. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, dass wir Tarifpolitik zunehmend auch medial, d.h. über Presse, Rundfunk und Fernsehen führen müssen. Dies mit den Funktionären und Betriebsräten an unserer Verwaltungsstelle verstärkt zu diskutieren wir eine Aufgabe der Zukunft sein.

## **Was bestimmt zunehmend unsere betriebliche Arbeit?**

- in den Betrieben erleben wir zunehmend eine Verlagerungsdrohung. Manche Verlagerung findet schleichend und als kontinuierlicher Prozeß statt. Das ist dann nicht schlimm, wenn neue Produkte die verlagerten Produktionen ersetzen. Dies ist aber keineswegs immer und überall so.
- neue Entwicklungen kommen nicht immer hier in der Region an bzw. so manche Diskussion über zukünftige Entwicklungen (z.B. E-Mobilität) macht uns nachdenklich. Regionale Industriepolitik muß verstärkt angegangen werden.
- Die Angst der Menschen, um ihre Rechte zu streiten oder diese auch nur geltend zu machen wächst. Das kann man beispielsweise daran erkennen, dass die Zahl der Rechtsschutzfälle zurückgegangen ist. Die Diskussionen um und die konkreten Auswirkungen der Hartz-gesetzgebung, der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitswelt zeigen hier ihre Auswirkungen.
- Zulieferer sind zunehmend unfähig, sich gegen die Vorgaben der Hersteller zu wehren. Zur Not hat man ja die Belegschaft, die man angehen kann und die eigenen Zulieferer.
- Nicht nur der Kostendruck nimmt zu. Auch der Leistungsdruck auf die Beschäftigten steigt weiter. Burn-out-Syndrome gibt es nicht nur bei Fußballtrainern, zunehmend sind Arbeitnehmer, in allen Bereichen,



betroffen. Ganz besonders scheint mir aber der Entwicklungsbereich betroffen zu sein.

---

Die letzten 4 Jahre waren ganz maßgeblich, wieder einmal, von ökonomischen Ereignissen geprägt. Verließ das erste Halbjahr des Jahres 2008 noch durch eine Hochkonjunktur geprägt, erlebten wir etwa ab Herbst 2008 einen steilen, in dieser Tiefe und Schnelligkeit des Abschwungs niemals zuvor seit Ende des letzten Krieges geprägten Wirtschaftsabschwung.

Wir haben um jeden Arbeitsplatz gekämpft. Die IG Metall hat ihren Rettungsschirm, ja, diesen Begriff haben wir zu erst in die Diskussion gebracht, ins politische Gespräch und zur Umsetzung gebracht (von öffentlichen Investitionen bis zur erfolgreichen Abwrackprämie), wir haben die Kurzarbeiterregelung in die Diskussion und dann sogar in einen Tarifvertrag gebracht. Wir, die IG Metall, haben die Kampagne zur Rettung der Arbeitsplätze angestoßen. Und mit euch haben wir in vielen Betrieben einen panikartigen Personalabbau verhindert. Mit qualifizierten Rechtsanwälten und den Personalerhaltungseinrichtungen, wie ich sie einmal nennen möchte, der a+b in Freiburg und der Mypegasus hier in Villingen-Schwenningen haben wir das erreicht. Wir haben so ungefähr 4000 Arbeitsplätze gemeinsam erhalten, durch Kurzarbeit, Altersregelungen, Transfergesellschaften. Es ist unsere gemeinsame Leistung. Und diese unsere Leistung hat dazu geführt, dass auch die Betriebe der Region, als die Konjunktur überraschend schnell etwa im Frühjahr 2010 wieder ansprang, all die Aufträge abarbeiten konnte, die dann einliefen. Stellt Euch vor, Eure Betriebe hätten alle jene Beschäftigten, die zwischenzeitlich in KUG 0 oder in

Transfergesellschaften geparkt waren, erst wieder suchen, einarbeiten und qualifizieren müssen ?

## **ERA-Einführung**

Ich weiß, manche können es nicht mehr hören. Geht mir manchmal auch so. Aber ich bitte Euch, mit uns gemeinsam einmal Bilanz zu ziehen, so weit das möglich ist.

Überall, wo wir einen Überblick gewinnen können, haben wir die Situation, dass die Zahl der Unterschreiter, also der ERA-Gewinner, höher ist als die Zahl der Überschreiter. Natürlich wissen wir, dass es überall dort Schwierigkeiten gab, wo irgendwann z.B. hohe Akkordsätze von Euch durch eine erfolgreiche betriebliche Lohnpolitik festgeschrieben wurden in Höhe von 45 oder gar 80 %. Aber alles in allem stellen wir fest: die Unterschreiter freuen sich über die gute Bewertung, die Überschreiter ärgern sich, manchmal zu Recht, manchmal zu Unrecht und einige davon machen dann Stimmung im Betrieb gegen ERA, gegen Euch, gegen die IGM. Das ist die Realität. Dort, wo in Kürze die Auszahlung des ERA-Topfes, des ERA-Anpassungsfonds, ansteht, sollten wir die Auszahlungsmodalitäten, so wie wir diese bevorzugen, bereden. Letzte Woche Seminar, das uns gezeigt hat: das bedarf genauer Vorbereitung und eigentlich auch ca. 10 Monate Zeit um diesen Auszahlungsprozess, wo er noch ansteht, gut und transparent zu gestalten.

- ..... -

Die Überlegungen, die dahinter stehen und die der Ortsvorstand glücklicherweise teilt, sind im wesentlichen:

1. - ..... –

2. Maßnahmen dazu waren der Beginn eines Projektes „Betriebe ohne Betriebsrat“. - ... -  
Mit dem Wechsel von Robert Schuh auf Stefan Kirschbaum haben wir einen Neubeginn gestartet in diesem Projekt, der jetzt dazu führen muss, dass wir zunehmend Betriebsräte neu gründen können und daraus auch neue Mitglieder gewinnen können.

Das Projekt Rückholmanagement, das wir gemeinsam mit den Verwaltungsstellen Offenburg, Freudenstadt und Albstadt durchgeführt haben, ist in diesen Tagen beendet worden. Elke Wach, die dieses Projekt durchgeführt hat, hat uns viel Ergebnisse und weitere Erkenntnisse, sowie neue Fragestellungen hinterlassen. Dies ist positiv und wir werden daran weiterarbeiten. Wir haben in den letzten Jahren die Austritte reduzieren können.

- ... -

Mit Nicolas Bauer, der seit Mai 2011 bei uns beschäftigt ist, haben wir bereits erste Erfolge im Bereich der Auszubildenden und Jugend erreicht, allerdings gilt es dies jetzt abzusichern, aber auch weiter auszubauen. Hier sind Erfolge bereits deutlich sichtbar.

Und mit dem Projekt im Rahmen der Kooperation, auch hierauf komme ich noch zurück, soll eine Gewerkschaftssekretärin eingestellt werden, die zu großen Teilen aus Projektmitteln des Vorstandes finanziert wird, aber mit Anteilen aus der

Verwaltungsstelle. - ... -Wir hoffen hier in Kürze eine Kollegin präsentieren zu können, von der wir überzeugt sind, dass sie diese Aufgabe lösen wird.

- ... -

Wir haben deshalb im Laufe der letzten Amtszeit dieses Ortsvorstandes eine Reihe von bedeutsamen Weichenstellungen vorgenommen. Auf einige bin ich im Bereich der Kasse und der Finanzen der Verwaltungsstelle bereits eingegangen. Lasst mich diese Weichenstellungen noch einmal darstellen und begründen.

- ... -

Maßnahmen dazu sind:

1. Wir haben, wie schon erwähnt, mit Nicolas Bauer einen zusätzlichen Gewerkschaftssekretär eingestellt, der sich schwerpunktmäßig um den Bereich Jugend kümmert. Die ersten Erfolge dieser Maßnahme könnt Ihr den beigefügten Mitgliederstatistiken entnehmen.

Auch um alle diese Aufgaben angehen zu können, auch um uns weiter zu entwickeln, haben wir die

Kooperatation mit der Verwaltungsstelle Freudenstadt beschlossen. Kooperationsvertrag und das geänderte Ortsstatut sind beschlossen, heute wollen wir den nächsten Schritt, die Neugestaltung der Führungsspitze , machen. Warum?

Mit dem Projekt 2009 hat die IG Metall die Ressourcenverteilung zwischen dem Vorstand und den Verwaltungsstellen neu geregelt und zusätzliche Ressourcen von Frankfurt in die Regionen verschoben. Davon wollten wir profitieren. Die Regeln der IG Metall haben aber bestimmt, dass nur ein Teil dieser neuen Ressourcenverteilung per Gießkanne über alle Verwaltungsstellen verteilt wird. - ... -Der größere Teil geht an Verwaltungsstellen, die im Rahmen von Kooperationen oder Fusionen zusätzliche Zuwachsräume für die IG Metall auf tun können und wollen. Deshalb haben wir uns für eine Kooperation entschieden, mittlerweile haben dies fast alle Verwaltungsstellen in Baden-Württemberg getan. Nochmals an alle: es ist keine Fusion geplant, es geht um Kooperation.

Die Auswirkungen auf die Verwaltungsstelle sind zunächst:

- eine neue Führungsstruktur. Beide Verwaltungsstellen, Freudenstadt und Villingen-Schwenningen wählen einen gemeinsamen 1.Bevollmächtigten. Der Ortsvorstand Villingen-Schwenningen hat hierzu den Kollegen Reiner Neumeister vorgeschlagen, der bisher schon 1.Bevollmächtigter in Freudenstadt war und vom dortigen Ortsvorstand auch wieder vorgeschlagen ist.

Der bisherige 1.Bevollmächtigte Villingen-Schwenningen, Michael Ruhkopf, ist vom Ortsvorstand zum neuen 2.Bevollmächtigten und Kassierer vorgeschlagen.

- ... -

- wir werden zukünftig mindestens einmal pro Jahr eine gemeinsame Ortsvorstandssitzung durchführen und, wenn möglich, einmal pro Jahr eine gemeinsame Delegiertenversammlung.

In diesen Veranstaltungen werden jedoch keine Beschlüsse gefaßt werden können, die der jeweils anderen Verwaltungstelle Kosten oder Aktionen aufdrückt, die diese nicht will. Es bleibt bei eigenständigen Delegiertenversammlungen und Ortsvorständen.

- es wird, bei Bedarf und wenn sinnvoll, gemeinsame Veranstaltungen geben. Einen ersten Eindruck davon habt ihr, so ihr dabei wart, am 2.März in Schramberg erhalten. Ich glaube , dass dies eine gute Veranstaltung war, jedenfalls waren alle Rückmeldungen dazu positiv. Und gewiß hat zu der gelungenen Veranstaltung beigetragen, dass über 200 Funktionäre zusammengekommen sind. - ... -

- natürlich wollen wir weitere Gemeinsamkeiten entwickeln, immer dann, wenn es Sinn macht. Wir werden jetzt ganz schnell das Thema Bildung angehen, über das Thema Buchhaltung reden, jeweils immer ergebnisoffen, und auch über das Thema Information und Schulung von betrieblichen Funktionären und

Mitgliedern. Auch das Thema Mitgliederwerbung und natürlich die bevorstehende Tarifrunde gehören dazu.

Wir haben Ressourcen – und wir sind wild entschlossen, diese zu nutzen. Dies geht aber nur gemeinsam. Gemeinsam zwischen Freudenstadt und Villingen-Schwenningen, gemeinsam mit Euch.

Ich bitte deshalb heute um das Vertrauen, den Vorschlägen des Ortsvorstandes für die hauptamtlichen Besetzungen und der ehrenamtlichen Besetzungen zu folgen. Wir haben uns das nicht leicht gemacht, ich glaube aber, wir haben gute Lösungen gefunden.

Im Moment bleibt mir, mich bei allen betrieblichen Funktionären, Betriebsräten und Vertrauensleuten für das Vertrauen und die Zusammenarbeit zu bedanken. Wir haben viele Probleme lösen können, wenn auch nicht alle. Es bleiben genug Aufgaben und Herausforderungen für die Zukunft.

Ich sage speziell Danke an Euch, die Delegierten. Zumindest diejenigen, und das sind viele, die schon in den letzten 4 Jahren hier Verantwortung übernommen haben, brachten uns ein hohes Maß an Vertrauen entgegen. Das ist nicht selbstverständlich.

Ich danke allen Ortsvorstandsmitgliedern der letzten Amtsperiode. Wir haben alle unsere Diskussionen, auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren, mit großem Respekt voreinander geführt, und Mehrheitsentscheidungen stets respektiert und gemeinsam umgesetzt.

- ... -

Und ich bedanke mich sehr herzlich bei unseren Verwaltungsangestellten, bei Heidi Doser, Beate Kaltenegger und Burgit Ness, die häufig genug am Telefon oder im Büro auszubaden haben, was wir Sekretäre und Bevollmächtigte angerichtet haben.

VS-Villingen, den 10.März 2012